



# Politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund

WAHLVERHALTEN UND PARTIZIPATION

April 2017



Gefördert von



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Migration, Flüchtlinge und  
Integration

**Wir sind's!**  
Die Einwanderungsgesellschaft gestalten



Bei der Bundestagswahl 2013 lag die Wahlbeteiligungsquote von Menschen mit Migrationshintergrund laut Analysen um 12,6 Prozentpunkte unter derjenigen von Personen ohne Migrationshintergrund. Bei Personen, die selbst eingewandert sind, beträgt der Unterschied sogar 16,4 Prozentpunkte. Die ca. 6 Millionen wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund beteiligen sich damit unterdurchschnittlich häufig an Bundestagswahlen.

In Studien konnte empirisch nachgewiesen werden, dass neben soziodemografischen Merkmalen auch Bezugsregionen sowie die Aufenthaltsdauer in Deutschland Faktoren sind, die die Wahlbeteiligung und die Parteipräferenzen von Menschen mit Migrationshinter-

grund beeinflussen können. Personen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation ähneln dabei in ihrem Wahlverhalten zunehmend Deutschen ohne Migrationshintergrund. An nicht-elektoralen Partizipationsformen wie Unterschriftensammlungen und Demonstrationen sind sie sogar öfter als Personen ohne Migrationshintergrund beteiligt.

Der aktuelle Anteil von Mitgliedern des Bundestages mit Migrationshintergrund liegt bei 5,9 %. Somit sind die ca. 21 % der deutschen Bevölkerung mit Migrationshintergrund stark unterrepräsentiert. Dies gilt ebenfalls auf Landes- und kommunaler Ebene. Jedoch lässt sich in diesem Zusammenhang eine steigende Tendenz erkennen.



## Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	<b>3</b>
<b>1. Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen .....</b>	<b>4</b>
1.1. Wahlbeteiligung .....	4
1.1.1. Datenlage .....	4
1.1.2. Wahlbeteiligung nach Migrationshintergrund .....	5
1.1.3. Wahlbeteiligung nach Bezugsregionen .....	6
1.1.4. Wahlbeteiligung nach soziodemografischen Merkmalen .....	7
1.2. Parteipräferenzen .....	9
1.2.1. Parteipräferenzen nach Migrationshintergrund .....	10
1.2.2. Parteipräferenzen nach Bezugsregionen .....	10
<b>2. Ausübung von politischen Mandaten .....</b>	<b>13</b>
2.1. Im Bundestag .....	13
2.1.1. Kandidatinnen und Kandidaten .....	13
2.1.2. Gewählte Abgeordnete .....	14
2.2. In den Landtagen .....	15
2.3. In den Kommunen .....	16
<b>3. Über die Wahlen hinaus: Nicht-elektorale politische Partizipation .....</b>	<b>17</b>
<b>4. Anhang: Profile der Nichtwählerschaft .....</b>	<b>20</b>
4.1. Theoretische Ansätze zur Erklärung von Wahlverhalten .....	20
4.2. Typologien der Nichtwählerinnen und Nichtwähler .....	21
4.3. Soziodemografische Faktoren .....	22
4.4. Motive der Wahlenthaltung .....	23
4.5. Zusammenfassung zu Gründen für die Wahlenthaltung .....	24
<b>Quellenverzeichnis .....</b>	<b>25</b>
<b>Darstellungsverzeichnis .....</b>	<b>28</b>



## Einleitung

In der Bundesrepublik Deutschland hatten laut Angaben des Mikrozensus im Jahr 2015 rund 17 Millionen Personen eine familiäre Einwanderungsgeschichte<sup>1</sup> (Statistisches Bundesamt 2015). Dies entspricht ungefähr 21 % der Bevölkerung. Mehr als die Hälfte davon besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit und ist somit ab einem Alter von 18 Jahren prinzipiell zur Teilnahme an den Bundestagswahlen berechtigt.<sup>2</sup> Der Grad, in dem diese Personen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und in dem sie in politischen Institutionen und Organisationen vertreten sind, kann als wichtiger Indikator für ihre gesellschaftliche Integration angesehen werden.

In dem vorliegenden Working Paper gehen wir der Frage nach, wie es derzeit um die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund bestellt ist. Der Fokus liegt dabei auf der Untersuchung ihrer Beteiligung an den Bundestagswahlen. Angaben über das Ausmaß weiterer Formen der Partizipation, wie z. B. die Ausübung politischer Mandate, werden ebenfalls auszugswise herangezogen. Die verschiedenen Dimensionen der Teilhabe werden auch im Hinblick auf Unterschiede zwischen Generationen und Herkunfts- bzw. Bezugsregionen sowie weitere soziodemografische Merkmale analysiert.

Dieses Working Paper und die in ihm zusammengetragenen Erkenntnisse bilden die wissenschaftliche Basis für die Aktivitäten zur Wahlaktivierung von Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte und insbesondere der Neuwählerinnen und Neuwähler (also junge Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte, Eingebürgerte), die im Rahmen des Projektes „Vote D“<sup>3</sup> zur Unterstützung der Bundestagswahl 2017 erfolgen.

---

<sup>1</sup> In dieser Veröffentlichung werden die Bezeichnungen „Menschen (bzw. Personen) mit Migrationshintergrund“ und „Menschen (bzw. Personen) mit familiärer Einwanderungsgeschichte“ synonym verwendet. Wir beziehen uns dabei auf Personen, die entweder selbst nach Deutschland eingewandert sind oder mindestens ein nicht in Deutschland geborenes Elternteil haben. Sofern in zitierten Publikationen andere Definitionen zugrunde liegen, wird darauf hingewiesen.

<sup>2</sup> Ausnahmen bilden Personen, die aufgrund einer Vollbetreuung oder richterlicher Aberkennung des Wahlrechts nicht wahlberechtigt sind.

<sup>3</sup> Das Projekt „Vote D – Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bundestagswahl 2017“ wird von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung von März bis Dezember 2017 umgesetzt. Ausführliche Informationen unter [www.minor-kontor.de](http://www.minor-kontor.de).

## 1. Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen

Im Jahr 2015 waren laut Angaben des Mikrozensus rund 6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (bundestags-)wahlberechtigt. Etwa die Hälfte davon waren Eingebürgerte (Statistisches Bundesamt 2015). Je nach Bundesland haben bis zu 11 % der Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund (Integrationsmonitoring Nordrhein-Westfalen 2015). In diesem Kapitel gehen wir der Frage nach, in welchem Umfang diese Personen tatsächlich von ihrem Bundestagswahlrecht Gebrauch machen und welche Parteien sie bevorzugen.

### 1.1. Wahlbeteiligung

#### 1.1.1. Datenlage

Die Forschung zur Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund ist bisher relativ schwach ausgebaut. Nur wenige Studien befassen sich mit dem Thema auf der Bundesebene. In einer 2012 erschienenen Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF 2012) gehen Müssig und Worbs der Frage nach, wie sich die politische Teilhabe von Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte in Deutschland gestaltet.

Die Daten zur Wahlbeteiligung dieser Zielgruppe bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005, auf die sich Müssig und Worbs berufen, basieren auf der Auswertung einer Teilstudie des European Social Survey (ESS)<sup>4</sup>. Der entsprechende Datensatz ermöglichte eine Aufteilung der Stichprobe nach Besitz der Staatsangehörigkeit sowie nach Personen mit Migrationshintergrund der ersten Generation (Befragte, die selber im Ausland geboren sind) und der zweiten Generation (Befragte, von denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren ist).

Die Daten zur Bundestagswahl 2009 ergeben sich aus der Auswertung einer vom GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES)<sup>5</sup> durchgeführten Umfrage, in der ebenfalls der Migrationshintergrund der Umfrageteilnehmenden erfasst wurde. Die GLES-Umfrage wurde auch zur Bundestagswahl 2013 durchgeführt; diese Daten wurden erstmals von Minor für die vorliegende Publikation ausgewertet. Befragt wurden 1.908 Personen, die zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013 wahlberechtigt waren.

Für die Bundestagswahl 2017 wird es zeitgleich zur GLES-Umfrage eine weitere bundesweite Wahlstudie geben. Diese wird von zwei Forschern der Universitäten Duisburg-Essen (UDE) und Köln durchgeführt. Dabei kommen sowohl qualitative Methoden (Fokusgruppen) als auch quantitative Befragungen zum Einsatz. Die Zielgruppe setzt sich dabei aus deutschen Staatsangehörigen mit türkischem Migrationshintergrund sowie russischsprachigen Spät-/Aussiedlerinnen

---

<sup>4</sup> Der European Social Survey (ESS) ist eine sozialwissenschaftliche Studie, in der die politische Einstellung und Partizipation der Bevölkerung von über 30 europäischen Ländern untersucht wird. (<http://www.unibielefeld.de/soz/ess/>).

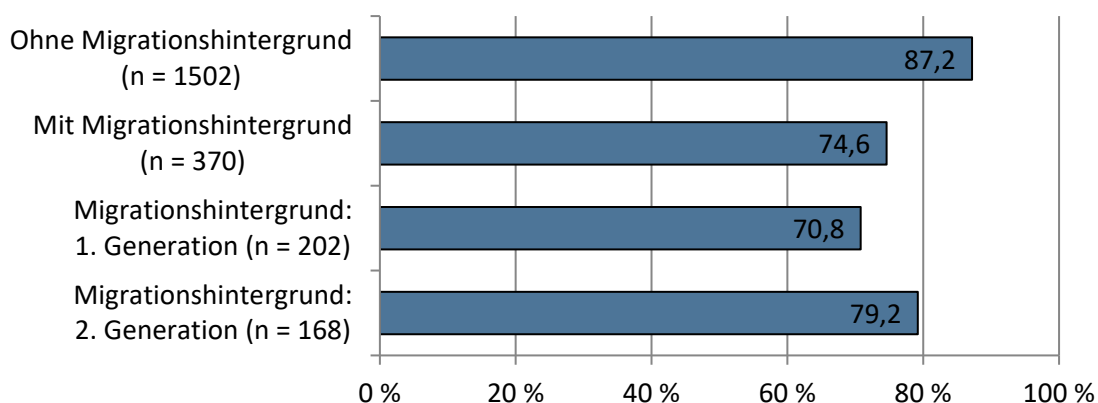
<sup>5</sup> Im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) erstellt das GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften seit 2009 Beobachtungen und Analysen zur Wählerschaft der Bundestagswahlen (<http://gles.eu/wordpress/>).

und Spät-/Aussiedlern mit deutscher Staatsbürgerschaft zusammen. Diese Studie soll v. a. Erklärungen zum Wahlverhalten der zu befragenden Personengruppen liefern und eruieren, in welchem Ausmaß existierende Theorien geeignet sind, das Wahlverhalten von Personen mit Migrationshintergrund zu erläutern und welche weiteren migrationsspezifischen Faktoren ggf. zu dessen Klärung herangezogen werden müssen (UDE 2017).

### 1.1.2. Wahlbeteiligung nach Migrationshintergrund

Insgesamt lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen mit und ohne familiäre(r) Einwanderungsgeschichte in Bezug auf die Wahlbeteiligung erkennen (siehe Abbildung 1). Während befragte Personen, die selbst sowie deren Eltern ebenfalls im heutigen Gebiet Deutschlands geboren sind, zu 87,2 %<sup>6</sup> angaben, sich an der Bundestagswahl 2013 beteiligt zu haben, liegt dieser Anteil bei Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte mit 74,6 % deutlich dahinter zurück.

Bemerkenswert ist jedoch, dass diese Aussage in deutlich stärkerem Ausmaß auf Menschen mit eigener Migrationserfahrung (erste Generation) zutrifft: Ihre Wahlbeteiligung liegt mit 70,8 % mehr als 15 Prozentpunkte hinter der von Menschen ohne Migrationshintergrund zurück. Die Personen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation weisen hingegen mit 79,2 % eine vergleichsweise höhere Wahlbeteiligung auf.

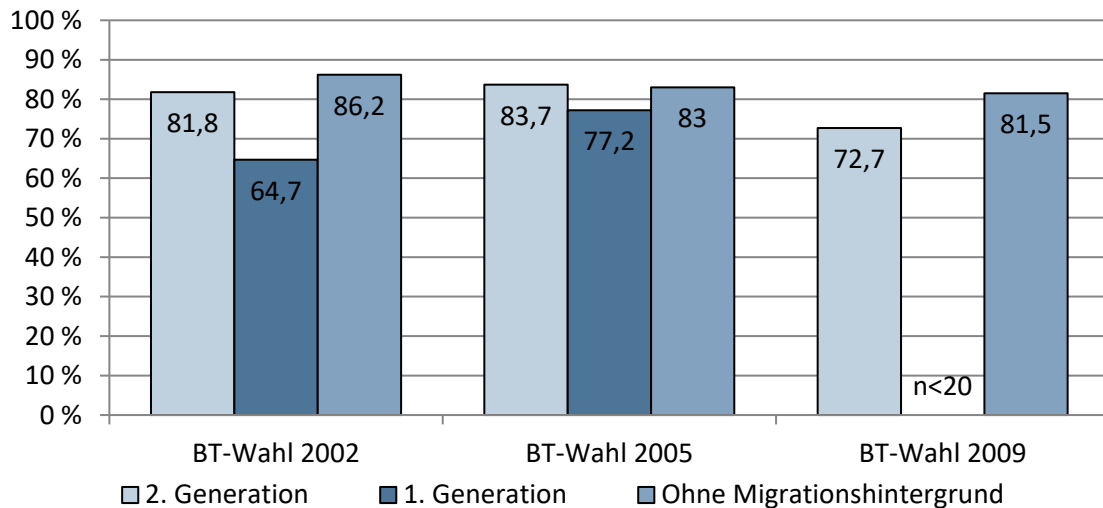


**Abbildung 1: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Migrationshintergrund**

Beteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Migrationshintergrund und Generation. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach Daten des GLES-Nachwahlquerschnitts 2013 © Minor

<sup>6</sup> Die angegebene Wahlbeteiligung (83,6 % gesamt), die sich bei der Auswertung der Umfragen (GLES und ESS) ergibt, stimmt nicht mit der tatsächlichen Wahlbeteiligung überein. Dies mag daran liegen, dass grundsätzlich mehr Wählerinnen und Wähler als Nichtwählerinnen und Nichtwähler willig sind, an solchen Umfragen teilzunehmen. Zudem ist denkbar, dass die Befragten ihr Antwortverhalten an der sozialen Erwünschtheit ausrichteten. Die Wahlbeteiligung lag laut dem Bundeswahlleiter im Jahr 2013 bei 71,5 % (Der Bundeswahlleiter 2015: 8).

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Betrachtung der Angaben zu den vorvergangenen Bundestagswahlen aus den Umfragen des GESIS und des ESS, die in der Studie des BAMF ausgewertet wurden (siehe Abbildung 2). Trotz Schwankungen bleibt die grundsätzliche Tendenz, dass Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte deutlich seltener wählen gehen als Menschen ohne eine solche und dass diese Diskrepanz bei der zweiten Generation deutlich niedriger ist, bestehen. Bemerkenswert ist z. B., dass Angehörige der zweiten Generation bei der Befragung im Nachgang zur Bundestagswahl 2005 mit 83,7 % häufiger angaben, gewählt zu haben, als die Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund (83 %).



**Abbildung 2: Wahlbeteiligung bei den vergangenen Bundestagswahlen nach Migrationshintergrund**

Beteiligung an den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2009 nach Migrationshintergrund und Generation. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach BAMF 2012 auf Basis der ESS- und GLES-Umfragen © Minor

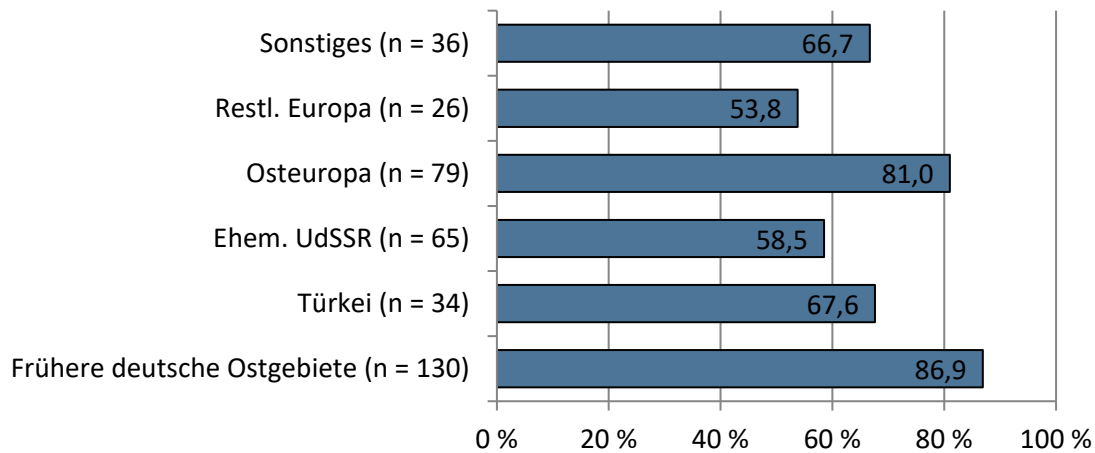
Diese Analyseergebnisse deuten darauf hin, dass die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Bereich der elektoralen politischen Beteiligung bisher langsam verläuft. Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte in der zweiten Generation weisen eine höhere Bundestagswahlbeteiligungsrates auf, ebenso wie Personen, deren Zuwanderung länger zurückliegt: „Mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigt das Bewusstsein der selbst zugewanderten Personen für politische Belange. Dies deutet darauf hin, dass politische Orientierung ein Prozess ist, der Zeit benötigt“ (BAMF 2012: 5).

### 1.1.3. Wahlbeteiligung nach Bezugsregionen

Betrachtet man die Wahlbeteiligung nach Bezugsregionen, zeigen sich erhebliche Unterschiede. Die höchsten Wahlbeteiligungen geben die Befragten an, die selbst oder deren Eltern in den ehemaligen deutschen Ostgebieten (86,9 %) und in Osteuropa (81 %) geboren sind. Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte aus der ehemaligen Sowjetunion (58,5 %) und aus dem restlichen Europa (53,8 %) geben hingegen deutlich seltener an, gewählt zu haben (siehe Abbildung 3). Angesichts der geringen Fallzahlen für die verschiedenen Bezugsregionen in der GLES-



Nachwahlumfrage sollten diese Ergebnisse jedoch nur als Tendenzaussagen wahrgenommen werden.



### Abbildung 3: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Bezugsregionen

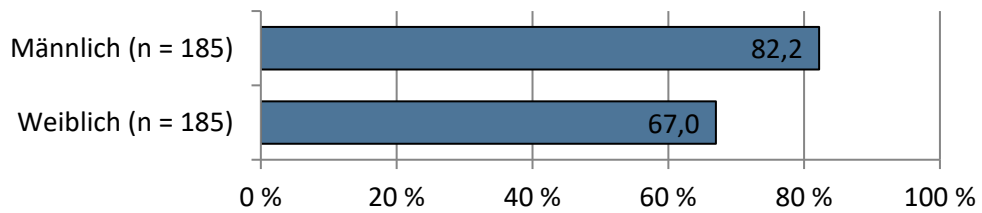
Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2013 nach Bezugsregionen. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach Daten des GLES-Nachwahlquerschnitts 2013 © Minor

#### 1.1.4. Wahlbeteiligung nach soziodemografischen Merkmalen

Der Einfluss von Faktoren wie Alter, Geschlecht oder Bildungsniveau auf das Wahlverhalten wurde für die gesamte Wählerschaft schon gut erforscht. Den Daten der Nachwahlumfrage des GESIS-Instituts zu der Bundestagswahl 2013 ist zu entnehmen, dass sich der Einfluss dieser Faktoren auf das Wahlverhalten von Personen mit Migrationshintergrund ähnlich darstellt wie bei Personen ohne Migrationshintergrund: Insgesamt geben Männer häufiger als Frauen (siehe Abbildung 4) und Ältere häufiger als Jüngere (siehe Abbildung 5) an zu wählen. Das Bildungsniveau ist ebenfalls entscheidend: Je höher es ist, desto häufiger geben Personen (mit ebenso wie ohne Migrationshintergrund) ihre Stimme ab (siehe Abbildung 6).

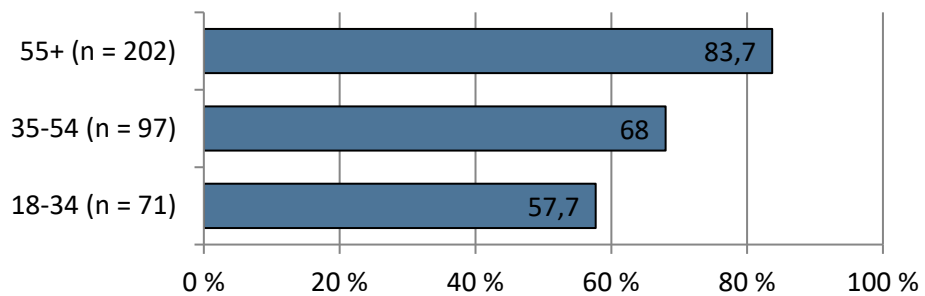
In ihrer Studie für das BAMF auf Basis der ESS- und GLES-Umfragen kommen Müssig und Worbs ebenfalls zu dem Schluss, dass sich bei Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte „bekannte Muster der politischen Partizipation“ wiederfinden (BAMF 2012: 33).

Auch hinsichtlich der Gründe für die Wahlabstinenz lassen sich innerhalb verschiedener Bevölkerungsgruppen ähnliche, wiederkehrende Muster in Zusammenhang mit soziodemografischen Merkmalen erkennen. Hierauf wird im Anhang (Kapitel 4) eingegangen.



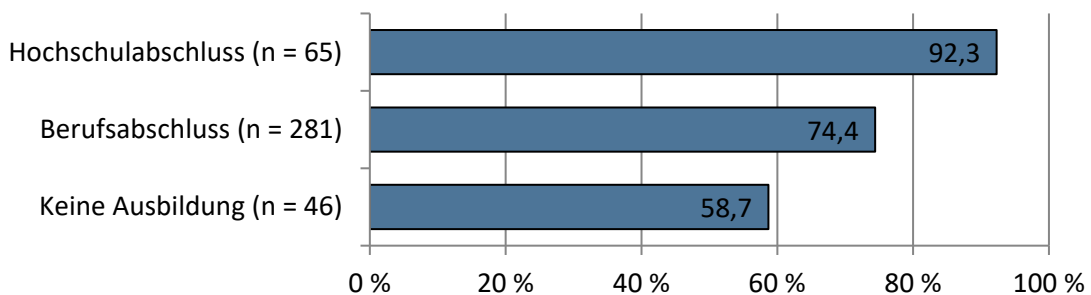
**Abbildung 4: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Geschlecht**

Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2013 nach Geschlecht. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach Daten des GLES-Nachwahlquerschnitts 2013 © Minor



**Abbildung 5: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Alter**

Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2013 nach Alter. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach Daten des GLES-Nachwahlquerschnitts 2013 © Minor



**Abbildung 6: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Bildungsniveau**

Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2013 nach Bildungsniveau. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach Daten des GLES-Nachwahlquerschnitts 2013 © Minor

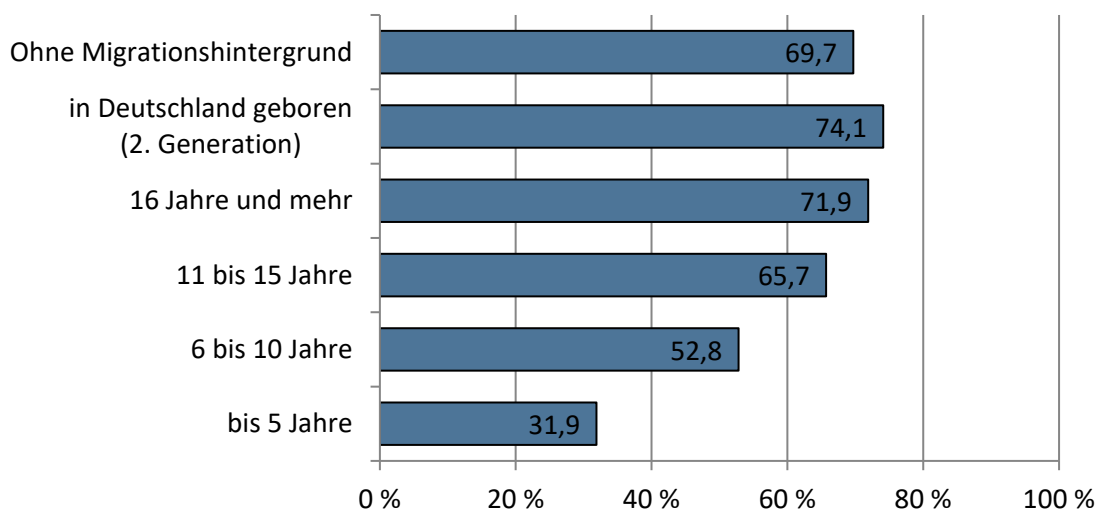
Allerdings meint beispielsweise der Politikwissenschaftler Saalfeld, dass die klassischen soziodemografischen Faktoren für Menschen mit Migrationshintergrund weniger Erklärungskraft haben als für Personen ohne einen solchen Hintergrund. Er nimmt an, es müsse andere Erklärungen für die Wahlbeteiligung geben, die sich auf die spezifische Situation von Personen mit Migrationshintergrund beziehen und führt an, gruppenbezogene Faktoren seien besonders ausschlaggebend für die Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte. Er bezieht sich auf Studien in Großbritannien und Deutschland und konstatiert, dass Menschen mit Migrationsgeschichte eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen, wenn sie in Wahlkreisen mit einem höheren Anteil von Personen gleicher Ethnizität leben (Saalfeld 2011).

Hieran zeigt sich, dass es weiterhin offene Fragen hinsichtlich der Beteiligungswilligkeit an (Bundstags-)Wahlen von Menschen mit Migrationshintergrund gibt und dass unterschiedliche Erklärungstheorien im wissenschaftlichen Diskurs existieren, die in weiteren Studien verifiziert werden müssten.

## 1.2. Parteipräferenzen

In diesem Teil widmen wir uns der Frage, ob Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte nicht nur seltener, sondern womöglich auch anders als Personen ohne eine solche wählen. In einem Policy Brief des Forschungsbereichs des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR 2016) gehen Wittlif und Litta der Frage nach, inwiefern sich bei Menschen mit Migrationshintergrund spezifische Parteipräferenzen erkennen lassen. Dafür nutzen sie Daten des SVR-Integrationsbarometers 2016, im Rahmen dessen 5.396 Personen – unabhängig von ihrer Wahlberechtigung in Deutschland – befragt wurden, welcher politischen Partei sie allgemein zuneigen (SVR 2016: 10). Die Stichprobe setzt sich aus 1.333 Personen ohne und 4.063 Personen mit Migrationshintergrund zusammen.

Eine Erkenntnis, die sich im Zuge der Auswertung dieser Daten ergab, besteht darin, dass Personen mit Migrationshintergrund mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland auch häufiger angeben, grundsätzlich einer bestimmten Partei stärker zuzuneigen (siehe Abbildung 7). Auch diese Ergebnisse weisen somit darauf hin, dass der Prozess der politischen Integration über einen langen Zeitraum hinweg verläuft. Bemerkenswert ist auch, dass in der Stichprobe Menschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation sowie Personen, die seit mehr als 16 Jahren in Deutschland leben, häufiger als Menschen ohne Migrationshintergrund eine Parteipräferenz angeben.



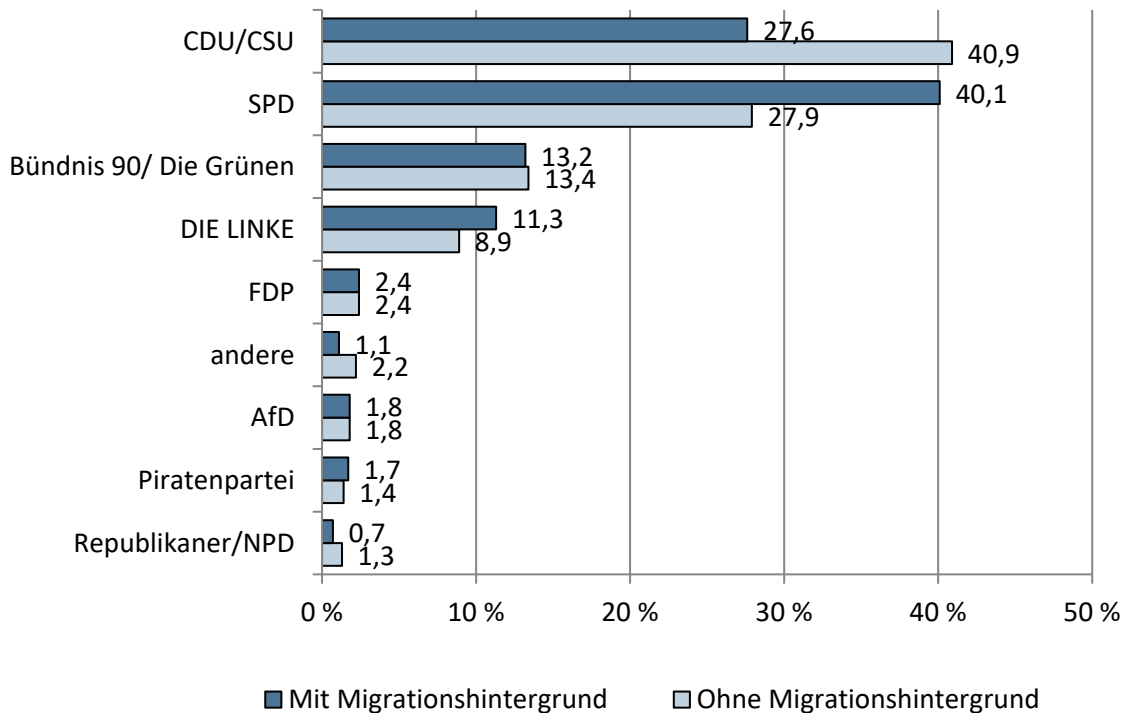
**Abbildung 7: Nennung einer Parteipräferenz nach Migrationshintergrund und Aufenthaltsdauer**

Nennung einer Parteipräferenz nach Migrationshintergrund und Aufenthaltsdauer. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach SVR 2016 © Minor

### 1.2.1. Parteipräferenzen nach Migrationshintergrund

Grundsätzlich gilt, dass Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte, ähnlich wie diejenigen ohne eine solche, vorrangig den großen Volksparteien der CDU/CSU und SPD zuneigen (siehe Abbildung 8). Dabei sind ihre Präferenzen aber im Vergleich mit Menschen ohne Migrationshintergrund umgekehrt: Die Neigungen zur SPD auf der einen Seite und zur CDU/CSU auf der anderen Seite sind bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund nahezu exakt entgegengesetzt ausgeprägt. Die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung größere Neigung, Parteien links der Mitte zu wählen, ist zudem an dem Vorsprung zu erkennen, den DIE LINKE unter der Zielgruppe – relativ zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund – aufweist. Für die anderen Parteien (Grüne, FDP, AfD, Piraten) sind keine erheblichen Unterschiede festzustellen.

Die Autorin und der Autor der Studie führen an, dass der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit für die meisten Personengruppen aus der Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund keinen Einfluss auf die Parteipräferenzen mit sich bringt (SVR 2016: 16).



**Abbildung 8: Parteipräferenzen nach Migrationshintergrund**

Parteipräferenzen nach Migrationshintergrund. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach SVR 2016 © Minor

### 1.2.2. Parteipräferenzen nach Bezugsregionen

Nach Bezugsregionen lassen sich deutliche Unterschiede innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund erkennen. Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler geben mehrheitlich an, den Parteien der Union zuzuneigen. Sie sind auch die Gruppe, bei der die Affinität zur AfD am

höchsten ist. Die SPD findet ihren größten Anklang bei Menschen mit türkischem Migrationshintergrund; diese geben hingegen im Vergleich äußerst selten (6,1 %) an, die CDU oder die CSU zu bevorzugen. EU-Zugewanderte, die vor dem Jahr 2000 in die Bundesrepublik eingereist oder hier geboren sind ( $EU \leq 2000$ ), tendieren eher zu Parteien links der Mitte. Eine klare Mehrheit der Menschen, die nach 2000 aus der EU nach Deutschland zugewandert ist ( $EU > 2000$ ), präferiert die CDU oder die CSU.

**Tabelle 1: Parteipräferenzen nach Bezugsregionen**

Parteipräferenzen nach Bezugsregionen. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach SVR 2016 © Minor

Partei	Spät-/ Ausgesiedelte	Türkei	EU $\leq$ 2000	EU $>$ 2000	Übrige Welt
CDU/CSU	45,2	6,1	29,1	42,3	19,0
SPD	25,6	69,8	41,3	24,5	39,0
Bündnis 90/Grüne	8,2	13,4	15,5	12,4	16,9
DIE LINKE	11,5	9,6	6,9	10,7	15,4
AfD	4,7	0,5	1,1	0,5	0,4
FDP	0,7	0,7	3,2	0,3	5,2
Republikaner/NPD	2,3	-	-	-	0,1
Piratenpartei	0,9	-	0,9	8,7	2,7

Einen Erklärungsansatz der politischen Präferenzen haben im Jahr 1967 Lipset und Rokkan mit der Cleavage-Theorie aufgestellt (Lipset & Rokkan 1967). Diese basiert auf einer historischen Analyse der politischen, sozioökonomischen und kulturellen Entwicklungen in zwölf europäischen Ländern. Laut diesem Ansatz orientiert sich die politische Willensbildung entlang vierer Grundkonfliktlinien. Diese Konfliktlinien, oder Cleavages, sind zum einen aus den Religionskriegen und nationalen Revolutionen (16. bis Mitte 19. Jahrhundert) ableitbar: Hier manifestierten sich bedeutsame Machtkämpfe zwischen dem Zentrum und der Peripherie sowie dem Staat und der Kirche. Diese beiden Cleavages waren historisch zuerst erkennbar. Zum anderen lassen sich mit der industriellen Revolution (Mitte 19. bis Anfang 20. Jahrhundert) zwei weitere wichtige Konfliktlinien ausmachen, nämlich Land versus Industrie sowie Arbeit versus Kapital. Lipset und Rokkan konstatierten, dass sich entlang dieser vier Konfliktlinien die Parteiensysteme ebenso wie die Parteibindungen der Wählerinnen und Wähler ausbildeten. Dieser allgemeine Ansatz lässt sowohl Raum für weitere Anpassungen als auch für feinere Analysen.

Zu diesen vier Konfliktlinien kommt laut Analysen des Politikwissenschaftlers Wüst eine „ethnisch-kulturelle Konfliktlinie“ (Wüst 2006: 230) hinzu, die zur Klärung der spezifischen Präferenzen nach Bezugsregionen wie auch des Wahlverhaltens von Menschen mit Migrationshintergrund beitragen kann. Wüst nimmt an, dass sowohl politische Parteien als auch eingewanderte Personen aus bestimmten Herkunftsregionen sich jeweils auf einem Spektrum zwischen einem monokulturellen und einem multikulturellen Gesellschaftskonzept verorten. Diese Konfliktlinie

spiele dementsprechend eine weitere wichtige Rolle in der Parteibindung von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte, da sie ggf. einen vergleichsweise starken Wunsch nach einer mehr oder weniger stark multikulturell orientierten und geprägten Gesellschaft hätten:

„[Die Situation ist, dass] 60 Prozent der eingebürgerten Türken sich nicht vorstellen können, die CDU/CSU zu wählen und 63 Prozent der Rumäniendeutschen die SPD stets meiden. Es scheint einen ethnisch-kulturellen Grundkonflikt (Cleavage) zu geben, an dessen Endpunkten ein monokulturelles bzw. ein multikulturelles Gesellschaftskonzept steht“  
(a. a. O.: 230f.).

Dabei besetzen die Parteien, die im politischen Spektrum eher links der Mitte angesiedelt sind, Positionen, die zu einem multikulturellen Gesellschaftskonzept tendieren (insbesondere DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, SPD), während ein eher monokulturelles Gesellschaftskonzept traditionell besonders von CDU/CSU, teilweise FDP aber insbesondere auch von weiter rechts auf dem politischen Spektrum angesiedelten Parteien vertreten wird bzw. wurde (a. a. O.: 230).

Wittlif und Litta analysierten diese Parteipräferenzen unter Berücksichtigung des Bildungsniveaus. Dabei ergab sich, dass dieses bei Menschen mit Migrationshintergrund eine geringere Rolle spielt als bei Menschen ohne (SVR 2016: 19). Laut Wüst ist die ethnisch-kulturelle Konfliktlinie von so starker Bedeutung, dass auch weitere soziodemografische Aspekte nur in einem geringen Zusammenhang mit den Parteipräferenzen der jeweiligen Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund stehen (Wüst 2006: 231).

Der Politikwissenschaftler wies jedoch darauf hin, dass diese Konfliktlinie inzwischen an Bedeutung zu verlieren scheint, da die Tendenz zur Wahl der traditionell präferierten Partei bei Menschen mit Migrationshintergrund zurückgeht (Wüst 2016: 415).

Die Schwächung der spezifischen Wahlneigungen lässt sich ebenfalls anhand einer Analyse der Parteipräferenzen im Generationsverlauf nachweisen, wie im Policy Brief des SVR verdeutlicht wurde (SVR 2016: 19). Dies bestärkt die Aussage, dass die Integration von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte in das politische System Deutschlands über eine lange Zeit erfolgt und Unterschiede im Wahlverhalten mit der Zeit abnehmen.

## 2. Ausübung von politischen Mandaten

Der Frage, ob Personen mit Migrationshintergrund auch von ihrem passiven Wahlrecht Gebrauch machen, und inwiefern sie in den politischen Vertretungen des Bundes, der Länder und der Kommunen repräsentiert sind, gehen wir in diesem Kapitel nach. Wie auch im Falle der Nutzung der aktiven Wahlberechtigung liegen hierzu bisher nur relativ wenig gesicherte Erkenntnisse vor. Aktuell existieren nur wenige Studien über Ratsmitglieder und quantitative Studien über Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit Migrationshintergrund auf Bundes- und Landes- sowie Kommunalebene.

### 2.1. *Im Bundestag*

#### 2.1.1. *Kandidatinnen und Kandidaten*

In einem Artikel zu den Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2013 analysiert Wüst Muster von Kandidaturen sowie Wahlerfolgen und -misserfolgen der jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten (Wüst 2014). Dabei nimmt er Bezug auf eine Analyse des Mediendienstes Integration, die vor der Wahl in Bezug auf 2.420 der 4.451 Kandidatinnen und Kandidaten aus sieben Parteien (SPD, CDU, CSU, Grüne, FDP, DIE LINKE und Piraten) durchgeführt wurde. Er benutzt ebenfalls die Daten der GLES-Kandidatenstudie zu der Bundestagswahl 2013, in der bei 1.137 Kandidatinnen und Kandidaten „Fragen zur Selektion und Nominierung, zu Wahlkampfaktivitäten, zu politischen Einstellungen, zu Demokratie und Repräsentation sowie Fragen zur politischen Erfahrung und dem soziodemographischen Hintergrund der Kandidaten und Kandidatinnen“ (GLES 2013: 6) gestellt wurden.

Zu der Bundestagswahl stellten die sieben untersuchten Parteien 113 Kandidatinnen und Kandidaten mit familiärer Einwanderungsgeschichte auf (Wüst 2014: 2). Dabei fanden sich bei den Parteien, die auf dem politischen Spektrum links der Mitte verortet werden, mehr Kandidatinnen und Kandidaten mit familiärer Einwanderungsgeschichte (Bündnis 90/Die Grünen: 26; DIE LINKE: 24; SPD: 23) als bei der CDU (12) oder der FDP (10). Bei der CSU hatte lediglich ein Kandidat einen Migrationshintergrund (a. a. O.: 2f.).

Wüst kommt zu dem Ergebnis, dass Parteien Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund zumeist in solchen Wahlkreisen aufstellen, in denen Ausländerinnen und Ausländer einen besonders großen Anteil der gesamten Bevölkerung ausmachen (a. a. O.: 6). Dies könne daran liegen, dass gerade in diesen Wahlkreisen aus demografischer Sicht potentiell mehr ambitionierte Parteimitglieder mit Migrationshintergrund hervorgebracht werden könnten. Außerdem könnten Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund über Parteigrenzen hinweg besonders von Wahlberechtigten mit familiärer Einwanderungsgeschichte unterstützt werden (a. a. O.: 5f.).

Auf der Basis einer Untersuchung der Listenpositionen sowie der Wahlkreise, in denen Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund aufgestellt wurden, konstatiert Wüst, dass alle sieben untersuchten Parteien diesen Politikerinnen und Politikern gute Erfolgchancen ermöglichten. So wurden über zwei Drittel der Kandidatinnen und Kandidaten mit familiärer Einwanderungsgeschichte in einem Wahlkreis und auf einer Landesliste parallel aufgestellt,

wodurch sich ihre Erfolgchancen erhöhten (a. a. O.: 3). Bei Kandidatinnen und Kandidaten ohne Migrationshintergrund liegt dieser Anteil bei unter einem Drittel. Jene mit Einwanderungsgeschichte wurden auch überproportional häufig in für ihre Partei auf Basis der Ergebnisse der Bundestagswahl 2009 vielversprechenden Wahlkreisen und auf aussichtsreichen Listenpositionen aufgestellt.

In einem 2016 erschienenen Artikel zu den Beziehungen zwischen politischen Parteien und Menschen mit Migrationshintergrund (Wüst 2016) nimmt Wüst erneut Bezug auf die GLES-Kandidatenstudie von 2013. Er kommt darin zu dem Ergebnis, dass sich die Einstellungen von Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund teilweise von den Einstellungen derjenigen ohne diesen Hintergrund unterscheiden. Abgeordnete mit Einwanderungsgeschichte würden demnach Assimilation häufiger ablehnen, die Vereinfachung von Immigration nach Deutschland eher befürworten und teilweise dazu neigen, die Vertretung der Belange von Personen mit Migrationshintergrund im Amt als wichtiger zu bewerten als die Abgeordneten ohne Migrationshintergrund (a. a. O.: 424).

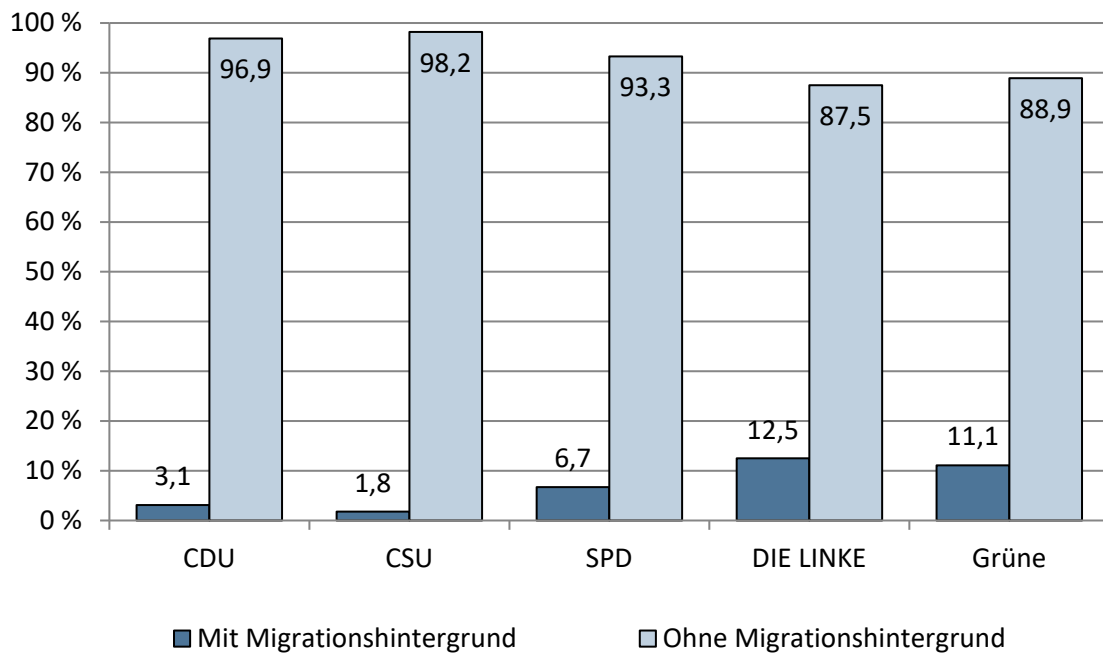
### *2.1.2. Gewählte Abgeordnete*

Nach der Bundestagswahl erstellte der Mediendienst Integration einen Überblick über die gewählten Abgeordneten mit Migrationshintergrund (Mediendienst Integration 2013). In dieser Statistik enthalten sind Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die im Ausland geboren wurden oder von denen mindestens ein Elternteil nach Deutschland zugewandert ist. Laut diesem liegt der aktuelle Anteil von Mitgliedern des Bundestages mit Migrationshintergrund bei 5,9 % (37 Abgeordnete). Verglichen mit dem tatsächlichen Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, der laut Mikrozensus bei 21 % liegt (Statistisches Bundesamt 2015), sind diese somit im Bundestag stark unterrepräsentiert.

Wüst konstatiert, dass der erzielte Anteil von Gewählten mit Migrationshintergrund im 18. Bundestag der höchste seit der Gründung der Bundesrepublik sei (Wüst 2014: 2). Dabei vergleicht er die vom Mediendienst Integration recherchierten Daten mit denen aus dem Jahr 2009. Gegenüber den 24 Abgeordneten mit familiärer Einwanderungsgeschichte in der vorherigen Legislaturperiode (3,4 %) sei dies außerdem der größte Zuwachs, der je verzeichnet werden konnte. Bemerkenswert sei zudem, dass dieses Ergebnis erzielt wurde, obwohl in der Bundestagswahl 2013 zehn Abgeordnete mit Migrationshintergrund ihr Mandat verloren hätten (ebd.).

Diese 37 Mitglieder des Bundestages mit Migrationshintergrund sind nach Parteien aber nicht gleichmäßig verteilt (siehe Abbildung 9). Die SPD stellt mit 13 Personen die größte absolute Anzahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Der prozentuale Anteil an allen Gewählten ist jedoch bei DIE LINKE am höchsten, gefolgt von den Grünen. Die bayerische CSU übernimmt sowohl absolut (ein Abgeordneter mit Migrationshintergrund) als auch prozentual die letzte Stelle (Mediendienst Integration 2013: 3). Diese Abweichung zwischen dem linken und dem rechten politischen Spektrum sowie die zahlenmäßige Stärke der Repräsentation bei der SPD ähneln Erkenntnissen aus früheren Untersuchungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene (Wüst 2014: 7f.).





**Abbildung 9: Bundestagsabgeordnete mit ohne Migrationshintergrund nach Parteien**

Anteil der 2013 gewählten Bundestagsabgeordneten mit und ohne Migrationshintergrund an allen Abgeordneten der jeweiligen Parteien. Eigene Darstellung nach Mediendienst Integration 2013 © Minor

Nach Bundesländern betrachtet fällt auf, dass in allen deutschen Bundesländern bis auf Berlin, Hamburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt der Anteil von Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund geringer ist als der jeweilige Anteil von Zugewanderten an der Gesamtbevölkerung (a. a. O.: 12).

Unter den 2013 gewählten Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund ist die Mehrheit nicht selbst eingewandert, sondern hat jeweils mindestens ein nach Deutschland eingewandertes oder ausländisches Elternteil. Die relative Mehrheit von ihnen ist türkischstämmig. Unterschiede zwischen den Parteien hinsichtlich Geschlecht, Generation und früherer Herkunft sind gering, wobei die Fraktion von CDU und CSU keine Abgeordneten mit Migrationsgeschichte aus der Türkei stellen (a. a. O.: 8).

## 2.2. In den Landtagen

Laut dem Integrationsmonitoring der Länder, das von der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister bzw. Senatorinnen und Senatoren der Länder herausgebracht wird, betrug der Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in deutschen Landesparlamenten im Jahr 2015 durchschnittlich 4,5 % (Integrationsministerkonferenz 2015). Wie im Bundestag sind Menschen mit Migrationshintergrund in den Landesparlamenten somit deutlich unterrepräsentiert. Die Tendenz ist allerdings steigend: Im Jahr 2005 betrug der Durchschnitt noch 1,5 % (ebd.).

Diese Unterrepräsentation verdeutlichten Gesemann und Roth in einer Studie im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung (FES 2014) anhand der „proportionalen Repräsentationsquote“. Diese errechneten sie anhand der Daten des Mikrozensus zum Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus dem Jahr 2009 und der Anzahl der Sitze von Landtagsabgeordneten mit einem ebensolchen Hintergrund aus 2011 (a. a. O.: 67). Wären diese beiden Anteile gleich, würde die Repräsentationsquote 100 % betragen. Eine hundertprozentig proportionale Repräsentationsquote wird jedoch in keinem Bundesland erreicht. Dabei unterscheiden sich die Bundesländer stark. Die höchsten Quoten erreichen die Stadtstaaten Berlin (41,9 %), Bremen (32,4 %) und Hamburg (30,6 %); die niedrigsten weisen das Saarland (0 %), Bayern (2,9 %) und Rheinland-Pfalz (5,2 %) auf (ebd.).

### 2.3. *In den Kommunen*

In einer Studie des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften, die von der Heinrich-Böll-Stiftung miterarbeitet und herausgegeben wurde, untersuchten Schönwälder, Sinanoğlu und Volkert die Rolle von Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadträten deutscher Großstädte (Böll 2011). Dafür wurden quantitative und qualitative Daten über die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter mit Migrationshintergrund in 77 Großstädten der Bundesrepublik erhoben.

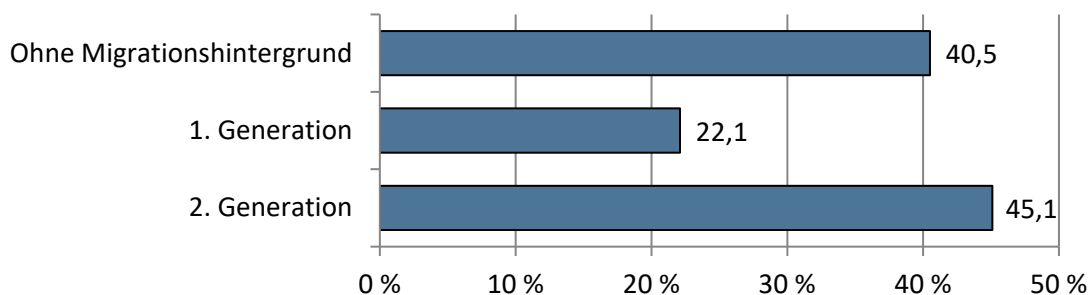
Der Studie ist zu entnehmen, dass auf kommunaler Ebene 4 % der Ratsmitglieder im Untersuchungszeitraum 2006 bis 2011 über einen Migrationshintergrund verfügten. Diese waren jedoch nur in 66 der 77 untersuchten Großstädte vertreten (a. a. O.: 23). Auch auf kommunaler Ebene liegt also eine deutliche Unterrepräsentation von Personen mit Migrationshintergrund vor. Dabei muss beachtet werden, dass nur Großstädte untersucht wurden.

### 3. Über die Wahlen hinaus: Nicht-elektorale politische Partizipation

Neben der Frage, inwiefern sich Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte an den Wahlen aktiv und passiv beteiligen, stellt auch die breitere politische Partizipation einen wichtigen Faktor der gesellschaftlichen Integration dar. In diesem Kapitel beschäftigen wir uns mit mehreren Formen dieser nicht-elektoralen politischen Partizipation, von der Beteiligung an einer Unterschriftensammlung über die E-Partizipation bis zu der Mitarbeit in politischen Parteien. Ähnlich wie bei der Thematik Wahlbeteiligung ist jedoch die Forschungslandschaft zur nicht-elektoralen politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund beschränkt.

In der bereits erwähnten BAMF-Studie aus dem Jahr 2012 zur politischen Einstellung und Partizipation von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte wurde die Beteiligung an nicht-elektoralen Aktivitäten deskriptiv untersucht (BAMF 2012: 36f.). Dabei nutzten Müssig und Worbs Daten des ESS (2002-2008) und der GLES (2009) zu Personen mit türkischem und italienischem Migrationshintergrund, jeweils mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Nur 32,1 % der befragten Menschen mit Migrationshintergrund gaben an, in den letzten zwölf Monaten einer der genannten Formen der politischen Partizipation (Unterschriftensammlung, Kontakt zu Politikerinnen und Politikern, Teilnahme an einer Demonstration und Mitarbeit in politischen Gruppen) nachgegangen zu sein. Bei Menschen ohne diesen Hintergrund lag der Anteil bei 40,5 %.

Erhebliche Unterschiede zeigen sich jedoch zwischen den Generationen (siehe Abbildung 10). Personen der 2. Generation (45,1 %) nutzten häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund (40,5 %) mindestens eine nicht-elektorale Partizipationsform. Dahingegen beteiligten sich Personen der 1. Generation (22,1 %) weniger als die anderen Gruppen an nicht-elektoralen Formen der Partizipation.



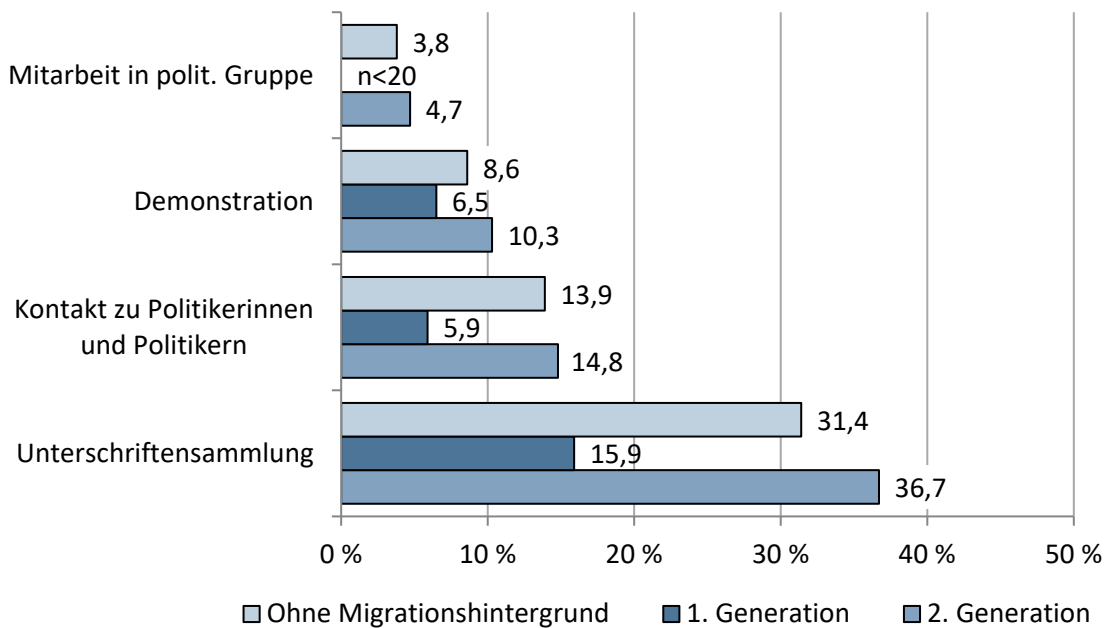
**Abbildung 10: Ausübung nicht-elektoraler Partizipationsformen nach Migrationshintergrund**  
Beteiligung an mindestens einer nicht-elektoralen Aktivität in den letzten zwölf Monaten nach Migrationshintergrund. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach BAMF 2012 © Minor

Die Werte weichen zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit deutlich ab. Im Falle der ersten Generation liegt die Diskrepanz bei 4,3 Prozentpunkten: Während 23,8 % der Personen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsbürgerschaft sich auf eine der genannten nicht-elektoralen Formen politisch engagiert hatten, belief sich der Anteil unter jenen ohne deutsche Staatsbürgerschaft lediglich auf 19,5 %. Bei Personen der zweiten Generation ist der Abstand noch einmal höher – er beträgt 13,5 Prozentpunkte; 46,5 % zu 33 % (a. a. O.: 37).

Die Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit nutzt also die einzigen ihr offenstehenden Möglichkeiten der politischen Partizipation deutlich weniger als diejenigen, die auch zur Teilnahme an der (Bundestags-)Wahl berechtigt sind.

Im Hinblick auf die Beeinflussungsfaktoren der Einwanderungsgeneration und des Besitzes der deutschen Staatsangehörigkeit nehmen die Autorinnen der Studie an, dass „zum einen die Aufenthaltsdauer, aber auch der Umfang der politischen Rechte, über die Migranten verfügen, ihre Teilhabe am politischen Leben beeinflussen“ (a. a. O.: 42). Daraus ergibt sich erneut, dass die politische Integration ein langfristiger Prozess ist, aber auch, dass Einbürgerung und politische Partizipation positiv zusammenhängen.

Wird nach bestimmten Formen der nicht-elektoralen Partizipation unterteilt, fallen wieder Unterschiede nach Migrationshintergrund und nach Einwanderungsgeneration auf (siehe Abbildung 11). Die am häufigsten genutzte Aktivität ist die der Unterschriftensammlung; hierbei beteiligen sich mit 36,7 % der Befragten der zweiten Generation mehr als dies Befragte ohne Migrationshintergrund taten (31,4 %). An den anderen Formen beteiligen sich alle Gruppe weniger. Bei allen zeigt sich, dass Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte aus der zweiten Generation sich mehr einbringen als Menschen ohne Migrationshintergrund und dass die Anteile bei Menschen der ersten Generation deutlich dahinter zurückliegen.



**Abbildung 11: Ausübung nicht-elektoraler Partizipationsformen nach Migrationshintergrund**  
 Beteiligung an nicht-elektoralen Partizipationsformen in den letzten zwölf Monaten, nach Migrationshintergrund und Generation. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach BAMF 2012 © Minor

Diese Befunde wurden in dem, im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011 erstellten, zweiten Integrationsindikatorenbericht bestätigt (Integrationsbeauftragte 2011). Dabei wurde die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund anhand von Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) ausgewertet. Laut

diesem waren im Jahr 2009 nur 4,9 % der Personen mit Migrationshintergrund Mitglied einer Partei oder einer politischen Organisation. Im direkten Vergleich zur Gesamtbevölkerung (8 %) sind dies 3,1 Prozentpunkte weniger.

Dem 10. Lagebericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zufolge haben Parteien inzwischen Maßnahmen eingeführt, deren erklärtes Ziel es ist, den Anteil an Mitgliedern mit Migrationshintergrund zu erhöhen (Integrationsbeauftragte 2014). Dazu zählen der Aufbau von Netzwerken von Mitgliedern mit Migrationshintergrund sowie die Einführung von Quoten. So konnten die großen Parteien den Anteil ihrer Bundesvorstandsmitglieder mit Migrationshintergrund erhöhen: Die CDU von einem auf fünf im Jahr 2012; die SPD von einem auf drei im Jahr 2013. Daraus ergibt sich ein Anteil von 8,6 % für die SPD und 8,1 % für die CDU (a. a. O.: 189).

Abschließend ist festzuhalten, dass Personen mit Migrationshintergrund auch in Parteien unterrepräsentiert sind. Zur Mitgliedschaft oder Mitarbeit ohne Mitgliedschaft in politischen Parteien oder Gruppierungen liegen aber keine genauen Statistiken vor. Im 10. Lagebericht werden politische Parteien dazu aufgefordert „aktiv für Mitglieder mit Migrationshintergrund zu werben und ihnen gleiche Chancen einzuräumen“ (ebd.).

Neben der Mitarbeit in politischen Parteien können sich Bürgerinnen und Bürger mit familiärer Einwanderungsgeschichte in Migrantenselbstorganisationen, Integrationsräten und Integrationsbeiräten engagieren. In welchem Ausmaß dies bisher erfolgt, wurde bis dato kaum statistisch erfasst.

Eine weitere Form der politischen Teilhabe stellt die E-Partizipation dar. Sie umfasst oben genannte nicht-elektorale Aktivitäten im politischen Raum des Internets, wie zum Beispiel Online-Kampagnen und -Petitionen sowie weitere politische Aktivitäten in sozialen Netzwerken. Die Online-Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ist ebenso wie alle anderen Partizipationsformen wenig erforscht.

Hunger und Kissau haben sich in einer im Jahr 2009 erschienenen Studie mit dem der Informationsbeschaffung und Interaktion von Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte im Internet beschäftigt. Dabei integrieren sie sowohl theoretische Ansätze als auch empirisch basierte Daten. Der Studie ist zu entnehmen, dass Personen mit Migrationshintergrund sich häufig über das Internet vernetzen und sich über ihre Herkunftsländer (bzw. die ihrer Eltern/Großeltern) und Deutschland austauschen. „Auf Websites, in Foren oder Chats werden soziale, kulturelle und politische Themen beider Länder offen diskutiert, kritisiert und alternative Positionen aufgezeigt“ (Hunger & Kissau 2009: 7). Hunger und Kissau sehen dies als Indiz dafür, dass das Internet dieser Zielgruppe einen neuen (transnationalen) sozialen und politischen Raum für gesellschaftliche Teilhabe bietet (ebd.).

## 4. Anhang: Profile der Nichtwählerschaft

Die Teilnahme an den Wahlen ist eine essenzielle Säule für das Bestehen einer lebendigen Demokratie und ein wichtiger Indikator für die gesellschaftliche Integration. Daher stellt die Wahlabstinz ein gesamtgesellschaftliches Problem dar. Seit den 1980er Jahren ist diese jedoch abgesehen von einigen Schwankungen stetig gestiegen (Bundestag WD 2016).

Bei den im Rahmen des ESS und vom GESIS durchgeführten Nachwahlumfragen ist die angegebene Teilnahme an der Bundestagswahl systematisch höher als die tatsächliche Wahlbeteiligung (siehe 1.1). Es ist zu vermuten, dass dies an systematisch auftretenden Problemen liegt, die die Forschung zu den Motiven der Wahlenthaltung allgemein erschwert. Zum einen ist denkbar, dass Menschen, die sich an Wahlen beteiligt haben, eher dazu neigen, sich ebenfalls an Umfragen zu beteiligen (Selbstselektion der Stichprobe). Zum anderen könnte auch der Einfluss der sozialen Erwünschtheit auf das Antwortverhalten von Befragten zu zusätzlichen Verzerrungen des Bildes der (Nicht-)Wählerschaft führen.

### 4.1. *Theoretische Ansätze zur Erklärung von Wahlverhalten*

Zur Schaffung eines Verständnisses für die Beweggründe von Nichtwählerinnen und Nichtwählern existieren in der Wahlforschung drei grundsätzliche Ansätze. Zum einen haben die US-amerikanischen Wahlforscher Campbell, Converse, Miller und Stokes der University of Michigan in den 1950er Jahren einen sozialpsychologischen Erklärungsansatz erarbeitet, der individuelles Wahlverhalten erklären soll und bis heute als sehr bedeutsam angesehen wird. Bereits 1944 hatten Lazarsfeld, Berelson und Gaudet einen mikrosoziologischen Erklärungsansatz veröffentlicht, in dem sie u. a. die Bedeutung sozialstruktureller Merkmale für das individuelle Wahlverhalten postulierten. Als dritter bedeutsamer Erklärungsansatz ist der Rational-Choice-Ansatz zu nennen, der von dem Politik- und Wirtschaftswissenschaftler Downs im Jahr 1957 erarbeitet wurde.

Im Rahmen einer Längsschnittstudie werteten Campbell und seine Kollegen Daten aus drei Präsidentschaftswahlen in den USA (1948, 1952 und 1956) aus. Sie erkannten, dass Merkmale wie die Identifikation mit einer bestimmten Partei, das Interesse an Politik, das Vertrauen darin, durch Beteiligung etwas in der Politik verändern zu können sowie eine akzeptierende Einstellung zu den Wahlnormen wichtig für das Wahlverhalten sind (Campbell et al. 1960).

Die Studie von Lazarsfeld et al. basiert auf einer Panelbefragung, die bei 600 Amerikanerinnen und Amerikanern in Ohio zu den Präsidentschaftswahlen 1940 in einem Zeitraum von sieben Monaten durchgeführt wurde. Laut Ergebnissen der Studie werden die Menschen von den sozialen Netzwerken, in denen sie sich befinden, und den dort geltenden Normen beeinflusst. Auf diese Weise werden die politischen Ansichten durch die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen und das soziale Umfeld geformt (Lazarsfeld et al. 1944).

Der Rational-Choice-Ansatz setzt voraus, dass Wählerinnen und Wähler sich anhand eines Aufwand-Nutzen-Verhältnisses für oder gegen die Wahl (einer bestimmten Partei) entscheiden. In

seinem theoretischen Werk „An Economic Theory of Democracy“ erklärt Downs (der bekannteste Vertreter dieser Strömung), dass die rationalen Wählerinnen und Wähler immer nur ihre eigenen Interessen verfolgen (Downs 1957).

#### 4.2. *Typologien der Nichtwählerinnen und Nichtwähler*

Mehrere Autorinnen und Autoren weisen darauf hin, dass die Nichtwählerinnen und Nichtwähler keine homogene Gruppe bilden und sehr diverse Gründe für die Wahlabstinenz vorliegen. Oskar Niedermayer, Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, unterscheidet in einem Artikel für die Bundeszentrale für politische Bildung vier Typen der Nichtwählerinnen und Nichtwähler (Niedermayer 2012), die sich nach den Beweggründen für ihre Entscheidung unterscheiden.

Die erste Gruppe der „unechten“ Nichtwählerinnen und Nichtwähler umfasst Personen, die wegen einer kurzfristigen Verhinderung, einer Krankheit oder aus ähnlichen Gründen nicht an einer Wahl teilnehmen konnten. Die Hauptcharakteristik dieser Gruppe ist, dass es nicht bekannt wird, ob diese Nichtwählerinnen und Nichtwähler sich bewusst für die Wahlenthaltung entschieden haben.

Zu der zweiten Gruppe der „politikfernen“ Nichtwählerinnen und Nichtwähler gehören Menschen, die wenig Interesse an Politik haben und oft aus sozial schlecht integrierten Gruppen kommen. Die Ansätze von Campbell et al. sowie Lazarsfeld et al. scheinen hier mögliche Erklärungen zu liefern: Politisches Interesse und soziale Kontakte beeinflussen Menschen in ihrer Entscheidung wählen zu gehen bzw. – im Fall von politischem Desinteresse und entsprechenden sozialen Netzwerken – der Wahl eher fernzubleiben.

Die dritte Gruppe der „unzufriedenen“ Nichtwählerinnen und Nichtwähler zeichnet sich durch die Unzufriedenheit mit den Politikerinnen und Politikern, mit den politischen Parteien oder insgesamt mit der demokratischen politischen Ordnung als solcher aus. Diese Gruppe kann insbesondere mit dem Ansatz von Campbell et al. in Verbindung gebracht werden: Die Parteiidentifikation und der Glaube an das Gewicht der eigenen Stimme als wichtige positive Einflussfaktoren fehlen bei dieser Gruppe laut Niedermayer.

Die Personen aus der vierten Gruppe der „abwägenden“ Nichtwählerinnen und Nichtwähler entscheiden situativ, ob sie zur Wahl gehen, „unter Abwägung der [ihnen] dabei entstehenden Kosten und des zu erwartenden Nutzens“. Sie tendieren dazu zu wählen, wenn ihnen die Wahlen wichtig erscheinen. Hier zeigt sich also eine Nähe zur Rational-Choice-Theorie von Downs.

In einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte Güllner, Geschäftsführer der forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analyse, eine andere Klassifikation der Nichtwählerinnen und Nichtwähler (FES 2013). Im Rahmen der Befragung, auf der diese Studie basiert, wurden zwei Gruppen befragt: 700 Nichtwählerinnen und Nichtwähler bei den Bundestagswahlen 1998, 2002, 2005 und 2009 sowie 700 Wahlberechtigte, die angaben, nicht vorzuziehen, sich an den Bundestagswahlen 2013 zu beteiligen. Als Kriterium für die Zuteilung zu einer bestimmten Gruppe nutzt der Autor die Regelmäßigkeit der Teilnahme oder Nichtteilnahme an den Bundestagswahlen.

Die erste Gruppe der Dauer-Nichtwählerinnen und Dauer-Nichtwähler ist seinen Angaben zufolge sehr klein: Lediglich 14 % der Befragten gaben an, bei den vier vergangenen Bundestagswahlen nicht gewählt zu haben. Die zweite Gruppe der Wahlverweigerinnen und Wahlverweigerer (24 %) umfasst diejenigen, die an zwei bis drei der vergangenen Bundestagswahlen nicht teilgenommen haben, aber bei einer oder zwei Wahlen ihre Stimme abgegeben haben. Die dritte Gruppe der „sporadischen“ Nichtwählerinnen und Nichtwähler ist die größte: 46 % der Befragten gaben an, bisher nur an einer Wahl nicht teilgenommen zu haben. Die vierte Gruppe ist die der Erstnichtwählerinnen und Erstnichtwähler (16 %), die erstmals für die Bundestagswahl 2013 vorhatten, nicht wählen zu gehen, obwohl sie angaben, bisher gewählt zu haben.

### 4.3. *Soziodemografische Faktoren*

Mehrere soziodemografische Faktoren stehen in einem Zusammenhang mit dem Wahlverhalten (siehe 1.1). In seiner Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung unterteilt Güllner die vier Kategorien von Nichtwählerinnen und Nichtwählern sowie die der Wählerinnen und Wähler u. a. nach Alter, Geschlecht, Nettoeinkommen und Bildungsniveau (a. a. O.: 19).

Frauen sind in seiner Untersuchung in allen Kategorien der (Nicht-)Wählerschaft etwas stärker vertreten als Männer. Sie machen in dieser Studie 51 % der Wählerschaft aus, 51 % der sporadischen Nichtwählerinnen und Nichtwähler und 52 % der Wahlverweigerinnen und Wahlverweigerer sowie der Erstnichtwählerinnen und Erstnichtwähler. Insbesondere bei den Dauernichtwählerinnen und Dauernichtwählern sind sie mit 55 % leicht überrepräsentiert. In Bezug auf das Alter zeigen sich unterschiedliche Muster. Die 18- bis 44-Jährigen stellen unter den Wählerinnen und Wählern die kleinste Gruppe dar (30 %), während alle Erstnichtwählerinnen und Erstnichtwähler aus dieser Altersgruppe stammen. Die 44- bis 59-Jährigen bilden die größte Gruppe in den anderen Kategorien der Nichtwählerinnen und Nichtwählern. Hingegen bilden die über 60-Jährigen die größte Gruppe unter den Wählerinnen und Wählern (37 %).

Die angegebene Wahlbeteiligung steigt tendenziell mit dem Haushalts-Nettoeinkommen. Die Geringverdienerinnen und Geringverdiener (bis 2000 € Haushaltsnettoeinkommen) bilden in allen Kategorien die kleinste Gruppe, außer in der Kategorie der Dauernichtwählerinnen und Dauernichtwählern, in der sie mehr als 50 % der Gruppe ausmachen. Ihr Anteil ist in der Gruppe der Wählerinnen und Wähler am kleinsten (36 %). In Bezug auf das Bildungsniveau zeigen sich deutliche Unterschiede. Menschen mit einem Haupt- oder Realschulabschluss bilden die kleinste Gruppe bei Wählerinnen und Wählern, sind aber in hohem Maße in allen Kategorien von Nichtwählerinnen und Nichtwählern, insbesondere bei den Dauernichtwählerinnen und Dauernichtwähler (69 %), vertreten.

Zusammenfassend gilt: Die Wahlberechtigten aus den „oberen“ sozialen Schichten, die über ein hohes Einkommen, einen hohen Bildungsgrad und sozialen Status verfügen, gehen häufiger zur Wahl, während die Nichtwählenden in überproportionalem Ausmaß aus weniger privilegierten Schichten stammen. Der Umstand, dass sich dies insbesondere in der Gruppe der Dauernichtwählerinnen und Dauernichtwähler zeigt, kann als ein Anzeichen der Entfremdung der „unteren“ sozialen Schichten gewertet werden. Diese fühlten sich „zunehmend ausgegrenzt von den politischen Entscheidungsprozessen, die in immer stärkerem Maße die Interessen der eher privilegierten Schichten der Bevölkerung berücksichtigen“ (a. a. O.: 20).



#### 4.4. *Motive der Wahlenthaltung*

Allgemein weisen die empirischen Studien zur Wahlabstinenz auf eine Entfremdung der Nichtwählerinnen und Nichtwähler von der Politik, den politischen Parteien sowie den Politikerinnen und Politikern hin. Eine grundsätzliche Ablehnung des Systems wird allerdings eher selten festgestellt, wie im Folgenden aufgezeigt wird.

In einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Bundestagswahl 2013 und Europawahl 2014 im Vergleich widmen sich die Sozialforscherinnen Neu und Pokorny u. a. der Frage nach den Motiven, die zur Wahlabstinenz führen (KAS 2014). Die Studie basiert auf einer Nachwahlumfrage aus dem Jahr 2013, die mit 2.550 Wahlberechtigten durchgeführt wurde. Darin stellen sie eine große Entfremdung der Nichtwählerinnen und Nichtwähler gegenüber der Politik fest. Ein Viertel der Nichtwählenden gibt z. B. an, dass sie „von den Dingen, um die sich die Politik kümmert, nicht betroffen“ seien (a. a. O.: 16). Das Verfolgen aktueller Geschehnisse in der Politik wird daneben von den Nichtwählerinnen und Nichtwählern auch als anstrengend (46 %) und politische Themen als für sie persönlich langweilig (26 %) betrachtet. Schließlich geben nur 26 % der Nichtwählerinnen und Nichtwähler an, sich stark oder sehr stark für Politik zu interessieren, während dieser Anteil bei der gesamten Stichprobe 43 % erreicht (ebd.).

Eine frühere Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung ergänzt dieses Profil der Nichtwählerschaft (KAS 2012). Die im Rahmen der Studie getätigte Analyse basiert auf einer Umfrage, die im Jahr 2011 bei 1.505 Nichtwählerinnen und Nichtwählern der Bundestagswahlen 2005 und 2009 durchgeführt wurde. Laut der Analyse zählen die mangelnde Parteienbindung, die nichtdefinierten Präferenzen für Kandidatinnen und Kandidaten und das Gefühl, mit der Wahlteilnahme keinen Einfluss auf die Politik ausüben zu können, zu den wichtigen Motiven für Wahlabstinenz. Protestgründe und negative Einstellungen zum Staat spielen dagegen keine große Rolle (a. a. O.: 37). Die Gruppe der zufriedenen Wählerinnen und Wähler, die aus der Überzeugung heraus, dass ihre Partei ohnehin gewinnen wird, nicht zur Wahl gehen, macht mit 4 % nur einen sehr geringen Anteil aus.

Als weiteren Beweggrund für die Wahlabstinenz identifiziert Güllner in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung die Unzufriedenheit mit dem aktuellen politischen Kurs. Im Rahmen der Umfrage gaben 62 % der Nichtwählerinnen und Nichtwähler an, nicht darauf zu vertrauen, dass die jetzige Bundesregierung das Beste für das Land tue (FES 2013: 34). Dies weist aber auf keine grundsätzliche Ablehnung einer bestimmten politischen Partei oder Regierungskoalition (damals CDU/CSU und FDP) hin: 50 % der nichtwählenden Befragten gaben an, dass eine rot-grüne Koalition das Land genauso (besser: 10 %; schlechter: 34 %; „weiß nicht“: 6 %) regieren würde (a. a. O.: 36).

In der Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Profil der Nichtwählerschaft weisen die Autorinnen schließlich auf die „soziale Wünschbarkeit“ hin (KAS 2014: 15). Eine Interpretation der Wahlteilnahme als Bürgerpflicht (Wahlnorm) führe generell zur regelmäßigeren Teilnahme an Wahlen, wobei es eine höhere Akzeptanz für die Wahlabstinenz bei Europawahlen als bei Bundestagswahlen gäbe. Dort, wo die Akzeptanz der Wahlnorm verhältnismäßig niedrig und die soziale Kontrolle nicht stark ausgeprägt ist, sei dementsprechend eine Wahlabstinenz auch bei Bundestagswahlen eher wahrscheinlich (a. a. O.: 15; 35).

#### 4.5. Zusammenfassung zu Gründen für die Wahlenthaltung

Insgesamt lässt sich an den hier rezipierten Studien erkennen, dass insbesondere die Erklärungsansätze von Campbell et al. und Lazarsfeld et al. auch für unterschiedliche heutige Gruppen von Nichtwählerinnen und Nichtwählern relevant sind.

Neben dem allgemeinen Interesse für Politik scheinen, wie oben gezeigt werden konnte, insbesondere die Entfremdung von der Politik und der Eindruck, weder signifikant von politischen Themen und Ereignissen beeinflusst zu werden noch einen ernsthaften Einfluss auf die Politik der Regierung zu haben, wichtige Gründe für die Wahlabstinenz in Deutschland zu sein. Zudem konnten die vorhandenen Studien zeigen, dass die Einstellung zu Wahlen und die (beabsichtigte) Teilnahme des sozialen Umfeldes an Wahlen weitere wichtige Einflussfaktoren sind.

Während es bisher keine dezidierten Untersuchungen zu Gründen der Wahlabstinenz unter Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte in Deutschland gibt, lassen sich aus diesen allgemeinen Tendenzen dennoch mögliche Konsequenzen für die Motivation zur Wahlteilnahme ziehen. Dazu können beispielsweise Bemühungen gehören, Nichtwählerinnen und Nichtwählern Themen der Bundespolitik näherzubringen, die ihr Leben praktisch beeinflussen sowie zu verdeutlichen, dass sich die veröffentlichten Parteiprogramme voneinander unterscheiden und das Wahlergebnis dementsprechend durchaus zu unterschiedlichen Politiken in der kommenden Legislaturperiode führen kann. Zudem wäre es sinnvoll, die soziale Erwünschtheit zur Wahlteilnahme zu steigern und in den jeweiligen sozialen Netzwerken der Zielgruppe bzw. Zielgruppen Aufmerksamkeit für die Bundestagswahl zu generieren sowie meinungsbildende Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in die Bemühungen für eine stärkere Wahlbeteiligung einzubinden.

## Quellenverzeichnis

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), 2012: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Müssig, S. / Worbs, S. [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp46-politische-einstellungen-und-partizipation-migranten.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp46-politische-einstellungen-und-partizipation-migranten.pdf?__blob=publicationFile) (07.04.2017).
- Campbell Angus / Converse Philip. E. / Miller Warren E. / Stokes Donald E, 1960: The American Voter. Chicago: University Of Chicago Press.
- Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste (Bundestag WD), 2016: Sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland. Ursachen und Lösungsvorschläge. <https://www.bundestag.de/blob/407782/1d83e5629dc19e1d2299fb2ff135680d/wd-1-008-15-pdf-data.pdf> (06.04.2017).
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Integrationsbeauftragte), 2011: Zweiter Integrationsindikatorenbericht erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/2012-01-12-zweiter-indikatorenbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/2012-01-12-zweiter-indikatorenbericht.pdf?__blob=publicationFile)
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Integrationsbeauftragte), 2014: 10. Integrationsbericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. [https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/IB/10\\_Auslanderbericht\\_2015.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/IB/10_Auslanderbericht_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=4) (20.04.2017)
- Der Bundeswahlleiter, 2015: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. [https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/397735e3-0585-46f6-a0b5-2c60c5b83de6/btw\\_ab49\\_gesamt.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/397735e3-0585-46f6-a0b5-2c60c5b83de6/btw_ab49_gesamt.pdf) (14.04.2017)
- Downs, Anthony, 1957: An economic theory of democracy. New York: Harper.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), 2013: Nichtwähler in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung. Güllner, M. <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10076.pdf> (09.04.2017).
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), 2014: Integration ist (auch) Ländersache!: Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern. Gesemann, F. / Roth, R. <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11197.pdf> (05.04.2017).
- German Longitudinal Election Study (GLES), 2013: Kandidatenstudie 2013. Motive, Nominierung, Wahlkampf, Repräsentation und Demokratie aus der Sicht der Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten. Berlin.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Böll), 2011: Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Eine Studie des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften. Schönwälder, K. / Sinanoğlu, C. / Volkert, D. <https://www.boell.de/de/content/vielfalt-sucht-rat-ratsmitglieder-mit-migrationshintergrund-deutschen-grossstaedten> (07.04.2017)

- Hunger, U. / Kissau, K., 2009: Eine Einführung. S. 7-11 in: U. Hunger / K. Kissau (Hrsg.), Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Integrationsministerkonferenz, 2015: Integrationsmonitoring der Länder. Abgeordnete in Landesparlamenten nach Migrationshintergrund. <http://www.integrationsmonitoring-laender.de/indikatoren/i2> (19.04.2017)
- Integrationsmonitoring Nordrhein-Westfalen, 2015: Volljährige (wahlberechtigte) Deutsche mit Migrationshintergrund. [http://www.integrationsmonitoring.nrw.de/integrationsberichterstattung\\_nrw/indikatoren/A\\_bevoelkerung/A3\\_volljaehrige\\_Deutsche/index.php](http://www.integrationsmonitoring.nrw.de/integrationsberichterstattung_nrw/indikatoren/A_bevoelkerung/A3_volljaehrige_Deutsche/index.php) (06.04.2017)
- Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), 2012: Dann bleib ich mal weg. Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler. [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_31915-544-1-30.pdf?121106125228](http://www.kas.de/wf/doc/kas_31915-544-1-30.pdf?121106125228) (11.04.2017)
- Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)., 2014: Wählen, wählen, immer wieder wählen. Die Bundestagswahl und Europawahl im Vergleich. [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_39352-544-1-30.pdf?141030103948](http://www.kas.de/wf/doc/kas_39352-544-1-30.pdf?141030103948) (11.04.2017)
- Lazarsfeld, Paul M. / Berelson, Bernard/ Gaudet, Hazel, 1948: The People's Choice: How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign. (2nd ed.) Pp. xxxiii, 178. New York: Columbia University Press.
- Lipset, M. N. / Rokkan, S., 1967: Cleavage Structures Party Systems and Voter Alignments. An Introduction. Party Systems and Voter Alignments; Cross-National Perspectives. 1-64.
- Mediendienst Integration, 2013: Recherche vom 27. September 2013. Abgeordnete mit Migrationshintergrund im 18. Deutschen Bundestag. [https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Abgeordnete\\_Bundestag\\_Ergebnisse.pdf](https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Abgeordnete_Bundestag_Ergebnisse.pdf) (12.04.2017)
- Niedermeyer O., 2012: Der politische Wettbewerb um Wählerstimmen. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138731/der-wettbewerb-um-waehlerstimmen> (07.04.2017)
- Saalfeld, Thomas, 2011: Wahlbeteiligung und Parteiwahl von Personen mit Migrationsgeschichte in den Demokratien Europas, Heinrich Böll Stiftung. <https://heimatkunde.boell.de/2011/11/18/wahlbeteiligung-und-parteiwahl-von-personen-mit-migrationsgeschichte-den-demokratien> (11.04.2017)
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR), 2016: Schwarz, rot, grün – welche Parteien bevorzugen Zuwanderer? [https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2016/11/PB\\_Partipraeferenzen.pdf](https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2016/11/PB_Partipraeferenzen.pdf) (07.04.2017)
- Statistisches Bundesamt, 2015: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220157004.pdf;jsessionid=B5EC2FF3D637A1224E135B0016F45D0C.cae4?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220157004.pdf;jsessionid=B5EC2FF3D637A1224E135B0016F45D0C.cae4?__blob=publicationFile) (11.04.2017)
- Universität Duisburg-Essen (UDE), 2017: Migrantenwahlstudie: Das Forschungsprojekt. <https://www.uni-due.de/migrantenwahlstudie/index.php> (10.04.2017)

Wüst, Andreas M., 2006: Politische Integration fördert die Akkulturation. Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten. In: Landeszentrale der politischen Bildung Baden-Württemberg: Der Bürger im Staat 4 (2006).Zuwanderung und Integration. [http://www.buergerimstaat.de/4\\_06/integration.pdf](http://www.buergerimstaat.de/4_06/integration.pdf) (07.04.2017)

Wüst, Andreas M., 2014: Immigration into Politics. Immigrant origin Candidates and Their Success in the 2013 Bundestag Election. German Politics and Society, Issue 112 Vol. 32, No. 3 (Autumn 2014): 1–15.

Wüst, Andreas M., 2016: Incorporation beyond Cleavages? Parties, Candidates and Germany's Immigrant-Origin Electorate. In: German Politics 25:3, S. 414-432

## Darstellungsverzeichnis

Abbildung 1: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Migrationshintergrund.....	5
Abbildung 2: Wahlbeteiligung bei den vergangenen Bundestagswahlen nach Migrationshintergrund.....	6
Abbildung 3: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Bezugsregionen.....	7
Abbildung 4: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Geschlecht.....	8
Abbildung 5: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Alter.....	8
Abbildung 6: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Bildungsniveau .....	8
Abbildung 7: Nennung einer Parteipräferenz nach Migrationshintergrund und Aufenthaltsdauer .....	9
Abbildung 8: Parteipräferenzen nach Migrationshintergrund.....	10
Tabelle 1: Parteipräferenzen nach Bezugsregionen .....	10
Abbildung 9: Bundestagsabgeordnete mit ohne Migrationshintergrund nach Parteien .....	15
Abbildung 10: Ausübung nicht-elektoraler Partizipationsformen nach Migrationshintergrund	17
Abbildung 11: Ausübung nicht-elektoraler Partizipationsformen nach Migrationshintergrund	18

## Impressum

Minor – Projektkontor für Bildung und  
Forschung 2017

Text und Daten:

Meltem Arsu, Laura Ballaschk,  
Maëlle Dubois, Rossina Ferchichi,  
Marianne Kraußlach, Iana Kravchenko,  
Christian Pfeffer-Hoffmann,  
Ekaterina Sergienko

„Vote D – Teilhabe von Menschen mit  
Migrationshintergrund an der Bundes-  
tagswahl 2017“ ist ein Projekt von



Alt-Moabit 73  
10555 Berlin  
Tel.: +49 30 – 39 74 42 27  
E-Mail: [minor@minor-kontor.de](mailto:minor@minor-kontor.de)

[www.minor-kontor.de](http://www.minor-kontor.de)  
[www.vote-d.de](http://www.vote-d.de)

Gefördert von der Beauftragten der  
Bundesregierung für Migration,  
Flüchtlinge und Integration

